

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Berliner Sauberkeitsoffensive: Schluss mit illegaler Müllentsorgung und Vandalismus!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen einer gesamtstädtischen Betrachtung die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der folgenden Maßnahmen zur Bekämpfung von Müll, Verschmutzung und Vandalismus im Land Berlin zu schaffen:

1. Einführung konsequenter Videoüberwachung zur gezielten Täterabschreckung und zur Beendigung der bisherigen Duldungspolitik gegenüber illegaler Müllentsorgung an besonderen Orten und Müll-Hotspots
2. Einführung eines 24/7-Ordnungsamtes mit einem rund um die Uhr operierenden Ordnungsdienst und einer personellen Aufstockung zur Intensivierung der Kontrolltätigkeit und Schließung der aktuell bestehenden Kontrolllücke
3. Massiver Ausbau spezialisierter mobiler Außendienst-Einheiten zur Bekämpfung illegaler Müllentsorgung, um die Verwahrlosung des öffentlichen Raums unverzüglich einzudämmen
4. Einführung spezialisierter mobiler Soforteinsatzteams zur raschen Beseitigung illegaler Graffiti an öffentlichem Eigentum, um eine konsequente Null-Toleranz-Strategie gegenüber Vandalismus durchzusetzen

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2025 über den Umsetzungsstand zu berichten.

Begründung:

Berlin steht vor einer enormen Herausforderung: Illegale Müllentsorgung, Verschmutzung und Vandalismus im öffentlichen Raum stellen ein wachsendes Problem dar, das den Haushalt

belastet und gleichzeitig die Lebensqualität in vielen Berliner Stadtteilen massiv und nachhaltig senkt. Seit dem 1. Mai 2023 ist die Berliner Stadtreinigung (BSR) mit der Entfernung illegaler Ablagerungen, einschließlich Bauschutt, beauftragt. Im Jahr 2023 sammelte und entsorgte die BSR im Rahmen ihrer Zuständigkeit etwa 4.400 Tonnen Sperrmüll und Sortierreste aus dem öffentlichen Straßenraum, Grün- und Erholungsanlagen sowie landeseigenen Waldflächen. Darüber hinaus wurden rund 700 Tonnen Bauabfälle entsorgt.¹ Die Kosten für die Entsorgung dieser Ablagerungen im öffentlichen Straßenraum, in Parkanlagen und Forstgebieten beliefen sich auf insgesamt 9.675.637 €² Im Jahr 2024 verdeutlichten insgesamt 113.474 Meldungen in der Kategorie „Abfall (illegale Beseitigung)“ über die Ordnungsamt-Online-App das Ausmaß des Problems. Besonders betroffen waren die Bezirke Neukölln (20.530 Meldungen), Mitte (15.708 Meldungen) und Tempelhof-Schöneberg (14.614 Meldungen), die die höchsten Fallzahlen verzeichneten.³

Zugleich verschlechtert sich das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums erheblich, insbesondere durch zunehmende Graffiti und Vandalismus. Öffentliche Plätze, Hausfassaden und Verkehrsinfrastruktur sind zunehmend von Schmierereien geprägt, die nicht nur hohe Reinigungskosten verursachen, sondern Straftaten darstellen und das Sicherheitsgefühl der Bürger nachhaltig beeinträchtigen. Um diesem Problem wirksam zu begegnen, sind konsequente Maßnahmen erforderlich.

Illegale Müllablagerungen vergiften zunehmend öffentliche Räume und verwandeln viele Berliner Ecken in untragbare Schandfleck. In der Regel bleiben die Verursacher mangels eindeutiger Beweismittel unbekannt, wodurch Sanktionen, insbesondere Bußgelder, nur selten verhängt werden können. Eine gezielte Videoüberwachung an bekannten Problemstellen könnte dazu beitragen, Täter zu identifizieren und die effektive Ahndung illegaler Müllentsorgung sicherzustellen. Zudem hätte eine solche Überwachung potenziell eine abschreckende Wirkung. Videoüberwachung im öffentlichen Raum unterliegt strengen gesetzlichen Vorgaben; eine sorgfältige Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an Sauberkeit und Ordnung sowie den datenschutzrechtlichen Anforderungen ist daher durchaus erforderlich. Eine einseitige und pauschale Parteinahme zugunsten des Datenschutzes, wird aber der zunehmenden Verwahrlosung in Berlin nicht gerecht. Nur eine konsequente Videoüberwachung an bekannten Müll-Hotspots beendet endlich das politische Wegsehen und schafft die Voraussetzungen für wirksame Sanktionen.

Berlin braucht ein rund um die Uhr einsatzfähiges Ordnungsamt, um das bisherige Versagen beim Schutz des öffentlichen Raumes endlich zu beenden und Täter unter Druck zu setzen. Müll und Vandalismus entstehen nicht ausschließlich während der regulären Dienstzeiten, sondern vermehrt auch in den Nachtstunden und frühen Morgenstunden, wenn der Kontrolldruck und das Entdeckungsrisiko für die Täter geringer sind. Ein Tag und Nacht operierendes Ordnungsamt würde eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit der Entdeckung der Tat zur Folge haben. Durch eine stärkere Präsenz und eine erhöhte Kontrolldichte im öffentlichen Raum kann wiederum eine abschreckende Wirkung erzielt werden. Bußgelder können in der Folge effektiver durchgesetzt werden, was langfristig zur Senkung der Wiederholungsquote führen sollte.

Die Berlin in vielem ähnliche Stadt Wien setzt bereits seit 2008 erfolgreich auf das Waste-Watcher-Programm. Während Wien seit Jahren erfolgreich durchgreift und Erfolge

¹ Schriftliche Anfrage Drs. 19/21391

² Schriftliche Anfrage Drs. 19/21392

³ Schriftliche Anfrage Drs. 19/21392

verzeichnet, bleibt der Berliner Senat passiv und überlässt Müll und Vandalismus den Berliner Bürgern. Dort sind hauptberufliche und speziell ausgebildete „Waste-Watcher“ mit Kontrollaufgaben betraut und dürfen Verstöße gegen das Wiener Reinhaltegesetzes ahnden. Dies hat für eine deutliche Verbesserung der Stadtsauberkeit gesorgt. Mit Inkrafttreten des Wiener Reinhaltegesetzes am 1. Februar 2008 wurde die rechtliche Grundlage für die „Waste-Watcher“ geschaffen. Das Gesetz sieht ein ausdrückliches Verbot von Verunreinigungen im öffentlichen Raum vor und ermöglicht auch eine öffentliche Aufsicht durch die „Waste-Watcher“. Der Erfolg durch die Kontrollen der Waste-Watcher wird von der Stadt Wien wie folgt bewertet⁴:

- über 100.000 „gefüllte“ Hundekotsackerl täglich
- 128 Millionen ordnungsgemäß entsorgte Zigarettenstummel pro Jahr
- 50 % weniger illegal abgelagerter Sperrmüll
- 60 % weniger illegal abgestellte Kühlgeräte

Die bisherigen Maßnahmen der Berliner Verwaltung, einschließlich der Waste-Watching-Aktivitäten in den Berliner Bezirken, haben das Problem nicht nachhaltig gelöst – die Folgen tragen alle Berliner Bürger. Auch die jetzt mit den Bezirken getroffene „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum“ ist nur ein halbherziger Schritt. Anstatt das Problem einzudämmen, lässt der Senat zu, dass sich Müll und Verwahrlosung im öffentlichen Raum weiter ausbreiten. Daher ist es erforderlich, den Einsatz solcher speziellen Außendienst-Teams in Berlin zu intensivieren und sie ergänzend zum 24/7-Ordnungsamt einzusetzen. Ihr Fokus sollte auf der gezielten Kontrolle von Müll-Hotspots, der konsequenten Ahndung illegaler Müllentsorgung sowie der Bereitstellung einer schnellen Eingreiftruppe für kurzfristige Einsätze liegen.

Nicht nur Müll, sondern auch die zunehmende Verwahrlosung des öffentlichen Raums – besonders durch Graffiti-Vandalismus – betrifft nahezu alle Stadtteile Berlins. Dabei ist das unbefugte Anbringen eines Graffitos keine Bagatelle oder Ausdruck der künstlerischen Freiheit, sondern eine Sachbeschädigung und als solche eine Straftat. Die „Verwahrlosung des öffentlichen Raums“ ist nicht nur ein optisches Problem, sondern führt zu einem Dominoeffekt: Wie ein Artikel des Cicero-Magazins treffend beschreibt, führt dies nicht nur zu hohen Reinigungskosten, sondern auch zu gesellschaftlichen Problemen: „Die ungestrafte Missachtung von Eigentumsrechten, privaten wie öffentlichen, hat Nebenwirkungen. Sie beschleunigt die Erosion von Gemeinwesen, von sozialen Normen, von Zusammenhalt und Verantwortungsgefühl.“⁵ Die mit Berlin über alle relevanten Parameter hinweg vergleichbare Stadt Chicago verfolgte deshalb einen radikalen Ansatz durch konsequentes Vorgehen: Hier gibt es eine mobile Einheit, die jedes Graffiti, das gemeldet wird, sofort entfernt. Die Meldungen kommen von den Bewohnern der Stadt und gehen über ein eigens eingerichtetes Portal direkt an die zuständige Behörde. Ein ähnliches Konzept könnte auch in Berlin eingesetzt werden, indem spezielle mobile „Graffiti-Entfernungsteams“ geschaffen werden, die umgehend betroffene Flächen an öffentlichem Eigentum säubern. Die Stadt Chicago zeigt, wie entschlossene Politik funktioniert: Jedes gemeldete Graffiti wird binnen Stunden entfernt. Berlin hingegen duldet seit Jahren den Verfall öffentlichen Eigentums und sendet das fatale Signal, dass Sachbeschädigung zunehmend hingenommen wird. Eine systematische Beseitigung von Graffiti an öffentlichem Eigentum wirkt sich nicht nur positiv auf die

⁴ <https://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/sauberestadt/strassenreinigung/wastewatcher.html>

⁵ <https://www.cicero.de/kultur/verwahrlosung-des-offentlichen-raums-graffiti-land-deutschland>

Wahrnehmung der Stadt aus, sondern verhindert auch den für ein Gemeinwesen fatalen „Broken-Window-Effekt“. Die anhaltende Verwahrlosung Berlins setzt einen fatalen Kreislauf in Gang: Sie zerstört das Vertrauen der Bürger in Politik und Rechtsstaat und schafft einen Nährboden für weitere und noch härtere Kriminalität.

Die Kombination aus verstärkter Überwachung, konsequenter Kontrolle, adressierten Sanktionen und schnellen Reinigungseinsätzen ist ein wirksamer Ansatz, um Berlin wieder sauberer und lebenswerter zu machen. Die Erfahrungen aus Wien oder Chicago haben gezeigt, dass konsequente Kontrollen und Sanktionen zu Verbesserungen der Stadtsauberkeit führen. Berlin darf nicht länger tolerieren, dass illegale Müllentsorgung, Verschmutzung und Vandalismus als Normalität des Stadtbildes akzeptiert werden. Die dauerhafte Ignoranz der politisch Verantwortlichen gegenüber diesen Problemen beschädigt die Attraktivität und Sicherheit Berlins. Mit den richtigen Maßnahmen kann Berlin nicht nur sauberer werden, sondern auch die Lebensqualität für alle Berliner deutlich verbessern.

Berlin, 26.März 2025

Dr. Brinker Wiedenhaupt Bertram
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion